

Mai 2013

Evaluation des Projekts „Schulen nach Bern“

Projektwochen 2012



Lisa Hattersley

Inhalt

Vorwort und Dank	3
Das Wichtigste in Kürze	4
1 Einführung	5
1.1 Politisches Lernen – Theoretische Hintergründe	5
1.2 „Schulen nach Bern“ – ein Projekt zur Förderung des politischen Bewusstseins	7
1.3 Die Projektwochen im Jahr 2012	8
2 Evaluation	9
2.1 Evaluationsfragen und Ziele der Untersuchung	9
2.2 Durchführung und Untersuchungsgruppen	10
2.3 Fragebogen	12
3 Ergebnisse	12
3.1 Ergebnisse zum Projekt „Schulen nach Bern“ allgemein	12
3.2 Ausgewählte Ergebnisse zu den Evaluationsfragen	14
3.2.1 E1: Interesse an Politik	14
3.2.2 E2: Politisches Selbstkonzept	16
3.2.3 E3: Einschätzung der eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Politik	17
3.2.4 E4: Grundwissen über politische Inhalte, Institutionen und Prozesse	17
3.2.5 E5: Bereitschaft zur aktiven Partizipation	19
4 Zusammenfassung und Fazit	21

Vorwort und Dank

Der vorliegende Bericht stützt sich auf den Bericht „*Evaluation des Projekts „Schulen nach Bern“. Projektwochen 2011.*“¹ von Nadine Ritzer, Andreas Stadelmann, Lisa Hattersley und Annette Maurer (2012) und dokumentiert die Evaluation der Projektwochen im Jahr 2012.

Da der Bericht zu den Projektwochen 2012 ähnlich aufgebaut werden soll wie der Bericht zu den Projektwochen 2011 und für die Evaluation in beiden Jahren dieselben Voraussetzungen gelten, werden Kapitel und Abschnitte, die für beide Jahre Geltung haben, weitgehend aus dem Bericht zu den Projektwochen 2011 übernommen. So sind auch die Abschnitte zur Politischen Bildung dieselben, die im Bericht zu den Projektwochen 2011 von Nadine Ritzer und Andreas Stadelmann verfasst wurden.

Ich möchte dem Verein „Schulen nach Bern“ für die Zusammenarbeit mit dem Institut Sekundarstufe I der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) danken und ganz besonders Frau Katharina Andres Emch für ihre stets hilfsbereite Unterstützung und den effizienten Informationsaustausch.

Ein grosser Dank gebührt auch allen Lehrpersonen und Schülerinnen und Schülern, die durch ihre Teilnahme einen bedeutenden Beitrag zu dieser Evaluation geleistet haben.

Bern, Mai 2013, Lisa Hattersley

¹ Nadine Ritzer, Andreas Stadelmann, Lisa Hattersley, Annette Maurer (2012). *Evaluation des Projekts „Schulen nach Bern“. Projektwochen 2011.* Bern: PHBern.

Das Wichtigste in Kürze

Das Projekt „Schulen nach Bern“ wurde 2008 vom gleichnamigen Verein ins Leben gerufen. Mittels projektbasierten Lernens sollen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I darauf vorbereitet werden, als verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben des Landes teilzunehmen. „Schulen nach Bern“ kombiniert das Lernen im Schulzimmer mit einem einwöchigen Planspiel in der Bundesstadt. Durch das Erleben politischer Prozesse sollen die Lernenden motiviert werden, ihre politischen Rechte und Pflichten beim Erreichen der Volljährigkeit auch tatsächlich wahrzunehmen. Die erklärten Ziele (Z) dieses Projekts sind die folgenden:

- Z1) *„Das Projekt ist in der Schweiz einzigartig und nimmt eine Pionierrolle in der Entwicklung von Lehrmaterialien und Planspielen für den Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe I ein.*
- Z2) *Das Projekt fördert die Entwicklung des politischen Selbstkonzepts*
- Z3) *sowie die Motivation, als Erwachsene politisch aktiv zu werden.*
- Z4) *Vor und während der Projektwoche lernen die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennen.*
- Z5) *Die Jugendlichen werden für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert.*
- Z6) *Die Jugendlichen entwickeln Verständnis für ein anderes politisches System.*
- Z7) *Die Schülerinnen und Schüler interessieren sich nach der Projektwoche für Politik [7a] und nehmen so rasch als möglich das Wahl- und Stimmrecht in Anspruch [7b].“²*

Das Institut Sekundarstufe I der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) begleitet das Projekt mittels einer Evaluation. Nach einem Testdurchlauf und der ersten Befragung zu den Projektwochen im Jahr 2011 wurde 2012 eine zweite Fragebogenerhebung mit 417 an den Projektwochen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Im Jahr 2012 konnten als Vergleich zu den Projektteilnehmenden 300 Schülerinnen und Schüler in Kontrollklassen für die Befragung gewonnen werden. Die Ergebnisse aus dem Jahr 2012 zeigen Folgendes:

Die Teilnehmenden stehen dem Projekt „Schulen nach Bern“ positiv gegenüber und geben an, in der Projektwoche viel gelernt zu haben. Die Ergebnisse zeigen, dass Schülerinnen und Schüler der Projektklassen gewisse Wissensfragen zu politischen Institutionen und Prozessen häufiger korrekt beantworten als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Kontrollklassen.

In Bezug auf die Zeit, welche Jugendliche täglich für die Information über Politik aufwenden, unterscheiden sich die Projekt- und Kontrollklassen in ihren Angaben nicht. Bei rund 80 % aller Befragten beträgt die aufgewendete Zeit weniger als 15 Minuten pro Tag.

Insgesamt zeigt sich ein Grossteil aller befragten Jugendlichen davon überzeugt, mit 18 abstimmen und wählen gehen zu wollen, was bei den Projektklassen noch ausgeprägter ist als bei den Kontrollklassen. Auch zeigen zahlreiche Jugendliche die Bereitschaft, sich mittels Unterschriftensammlung aktiv für verschiedene Anliegen einsetzen zu wollen.

² <http://www.schulen-nach-bern.ch/projekt/ziele.html> (24.2.2012).

1 Einführung

1.1 Politisches Lernen – Theoretische Hintergründe

„Es ist eine besondere Aufgabe, das politische Interesse in einer funktionierenden Wohlfahrtsdemokratie aufrecht zu erhalten.“ So äusserte sich Fritz Oser in einem Interview mit der NZZ am Sonntag am 6. Juli 2003 kurz nach dem Erscheinen seines Buches „Jugend ohne Politik“³. Der provokative Titel des Buches bezog sich auf das schwache Abschneiden der Schweizer Jugendlichen bei der Studie „Citizenship and Education in Twenty-Eight Countries“. In dieser Studie wurden politisches Institutionenwissen geprüft und Fragen zum politischen Selbstkonzept⁴ (politisches Interesse und politische Haltungen) der Jugendlichen gestellt. Durchgeführt wurde die Studie von der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement) im Jahre 1999. Es wurden dabei 94000 Lernende im Alter von 14 oder 15 Jahren aus 28 demokratischen Staaten befragt. Für die Schweiz nahmen 3104 Jugendliche im Alter von 15 Jahren aus 8. und 9. Klassen in 157 Schulen teil, repräsentativ über alle Schultypen und Sprachregionen verteilt.

Die Ergebnisse waren ernüchternd, wenn auch nicht überraschend. Schon vier Jahre zuvor hatten Fritz Oser und Roland Reichenbach in einem Bericht zuhanden der EDK⁵ festgestellt, dass Politische Bildung nur noch (minimaler) politischer Unterricht bzw. (minimale) staatsbürgerliche Erziehung sei, aber längst nicht „Einführung in das Politische und Praxis eines dezidiert demokratischen Lebens“⁶. Verheerende Auswirkungen auf die Qualität der Politischen Bildung habe zudem eine spezifische Sichtweise, die sich in den letzten Jahren in der Schweiz habe ausbreiten können, „die die Welt der Menschen nicht mehr auch als Anstoss und Ärgernis begreift, welche sie politisch werden lassen, sondern als eine Art Naturgeschehen, mit welchem man sich am besten arrangiert, weil es sich nicht verändern lässt“⁷. Eine solche Einstellung begünstigt die Vorstellung, dass man Politische Bildung getrost unterlassen könne, da sie sich im demokratischen Umfeld quasi automatisch vollziehe. In diesem Umfeld kann es gemäss Oser und Reichenbach nicht verwundern, dass Politische Bildung als Schulfach verkümmert.

Roland Reichenbach zufolge lässt sich ein kausaler Zusammenhang von Erziehung und Demokratie in Bezug auf das Politische im engeren und weiteren Sinn nur schwer nachweisen. Aufgrund der Komplexität und Intransparenz geht er sogar so weit, einen

³ Fritz Oser, Horst Biedermann (Hrsg.) (2003). *Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern*. Zürich: Rüegger.

⁴ In Anlehnung an die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung verstehen wir unter dem politischen Selbstkonzept das Zusammenwirken von drei grundlegenden Kompetenzbereichen der Politischen Bildung: (1) politische Analyse- und Urteilskompetenz, (2) Methodenkompetenz, (3) politische Entscheidungs- und Handlungskompetenz. Das bedeutet erstens die Einsicht in die Relevanz des Politischen für die eigene Lebenswelt und diejenige der Mitmenschen, zweitens die Bereitschaft, sich durch die kritische Auseinandersetzung mit politischen Themen in Medien eine eigene Meinung zu bilden und drittens begründete Urteile zu fällen und diese unter Einhaltung der demokratischen Spielregeln (und der Einsicht in deren Notwendigkeit) diskursiv und aktiv zu vertreten (vgl. Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) (2004). *Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf*. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag).

⁵ Fritz Oser, Roland Reichenbach (1999). *Schlussbericht zum Mandat „Politische Bildung in der Schweiz“, zuhanden der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK*. Freiburg.

⁶ Oser, Reichenbach, 1999, S. 37.

⁷ Oser, Reichenbach, 1999, S. 37.

derartigen Zusammenhang ins Reich der Phantasien zu verbannen.⁸ Ablesen lässt sich dieser mangelnde Zusammenhang mehrmals jährlich an tiefen Stimmbeteiligungen und der politischen Abstinenz vieler Stimmberechtigten, welche ihre Möglichkeiten im Kontext der institutionalisierten Politik eher gering einschätzen. Die Politisierung von Jugendlichen ist kein Selbstläufer und gerade in saturierten Wohlstandsgesellschaften mit funktionierenden demokratischen Institutionen besonders anspruchsvoll, weil die gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen weitgehend fehlen. Diesen besonderen Bedingungen der fehlenden Dringlichkeit muss sich die Bildung des Politischen in der Schweiz schon seit geraumer Zeit stellen – dies wird sich in nächster Zeit vermutlich kaum ändern.

Die Politische Bildung entwickelte sich in der Schweiz nach ihren Anfängen als Vaterlandskunde von der Staatskunde (*éducation civique*) als reiner Institutionenlehre über die Staatsbürgerkunde (*éducation à la citoyenneté*) zur allgemeinen Gesellschafts- oder Sozialkunde.⁹ Darin widerspiegelt sich eine Ausweitung der Ziele der Politischen Bildung von der Aneignung abgrenzbaren Fachwissens und Tugenden bis hin zum Erwerb überfachlicher Kompetenzen. Die Deutschschweiz wurde dabei vom Diskurs um diese Ausweitung der politischen Bildungsziele, wie er in Deutschland geführt wurde, wesentlich mitbeeinflusst.¹⁰ Gemäss aktuellem Diskurs muss es das Ziel Politischer Bildung sein, Interesse an Politik zu wecken und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Lernenden zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern werden, welche fähig sind, selbständig politische Urteile zu fällen. Dabei stellen sich verschiedene Probleme. Zum Beispiel gilt es zu klären, an welchen Werten sich die Ziele der Politischen Bildung orientieren sollen. Bernhard Sutor weist darauf hin: „[...] wir können Politik nicht verstehen als ‚Verwirklichung‘ oberster Werte, sondern als Regelung von Konflikten und als Ringen um die jeweils bessere Ordnung im Blick auf allgemein anerkannte Ziele, die als Richtwerte ständige Aufgabe bleiben [...]. Dem muss politische Bildung gerecht werden.“¹¹ Auch in der Schweiz führte dieser Diskurs dazu, dass Politische Bildung in den Kernzielen weit über rein kognitive Kompetenzen hinausgeht und der Anspruch besteht, die politische Urteils- und Handlungskompetenz sowie die Methodenkompetenz der Lernenden zu fördern.¹²

Hinsichtlich der Ansprüche an die didaktische Qualität Politischer Bildung gibt es in der Politikdidaktik heute einen faktischen Basiskonsens: So gelten die didaktischen Prinzipien der Adressatenorientierung, des exemplarischen Lernens, der Problemorientierung, der Kontroversität sowie der Handlungs- und Wissenschaftsorientierung für die Planung von Lernangeboten,¹³ wobei sowohl die Ziele als auch die Didaktik Politischer Bildung stets auf der Grundlage des „Beutelsbacher Konsens“ fussen. Zusammengefasst lauten die drei Elemente dieses Konsenses: (1) Überwältigungsverbot (keine Indoktrination); (2) Kontroversität (was in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen); (3) Befähigung der Lernenden, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.¹⁴

⁸ Roland Reichenbach (1998). Zwischen Polisidyll und massendemokratischem Realismus. Bemerkungen anlässlich einer Expertenbefragung zur Situation der politischen Bildung in der Schweiz, S. 21. In: Reichenbach, Roland; Oser, Fritz (Hrsg.). *Politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung in der Schweiz. Perspektiven aus der Deutschschweiz und der Westschweiz*. Freiburg: Universitätsverlag Freiburg Schweiz, S. 15-35.

⁹ Martin Fenner, Rudolf Hadorn, Rudolf Strahm (1993). *Politszene Schweiz. Politik und Wirtschaft heute*. Basel: Lehrmittelverlag des Kantons Basel-Stadt.

¹⁰ Oser, Reichenbach, 1999, S. 6.

¹¹ Bernhard Sutor (1999). Theoretische Grundlagen. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.). *Handbuch zur politischen Bildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 66-67.

¹² Daniel V. Moser, Pit Wiher (2007). Historisches und politisches Wissen von Jugendlichen – am Ende der obligatorischen Schulzeit, S. 214. In: Gautschi, Peter; Moser, Daniel V.; Reusser, Kurt; Wiher, Pit (Hrsg.). *Geschichtsunterricht heute. Eine empirische Analyse ausgewählter Aspekte*. Bern: h.e.p., S. 211-262.

¹³ Wolfgang Sander (2008). *Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, S. 190 ff.

¹⁴ Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/> (5.12.2011).

1.2 „Schulen nach Bern“ – ein Projekt zur Förderung des politischen Bewusstseins

Das Projekt „Schulen nach Bern“ geht von der Idee aus, dass Demokratie gelernt werden muss, damit sie gelebt werden kann. Diese Ansicht vertritt der 2008 gegründete Verein „Schulen nach Bern“ in Anlehnung an Jürgen Habermas.¹⁵ Die Frage stellt sich, wie Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I darauf vorbereitet und dazu motiviert werden können, als verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger aktiv an demokratischen Prozessen der Schweiz teilzunehmen. „Schulen nach Bern“ versucht mit einem innovativen Projekt einen möglichen Weg aufzuzeigen. Dieses kombiniert das Lernen im Schulzimmer mit einem einwöchigen Planspiel in der Bundesstadt. Die erklärten Ziele (Z) dieses Projektes sind laut Aussagen des Vereins die folgenden:

- Z1) *„Das Projekt ist in der Schweiz einzigartig und nimmt eine Pionierrolle in der Entwicklung von Lehrmaterialien und Planspielen für den Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe I ein.*
- Z2) *Das Projekt fördert die Entwicklung des politischen Selbstkonzepts*
- Z3) *sowie die Motivation, als Erwachsene politisch aktiv zu werden.*
- Z4) *Vor und während der Projektwoche lernen die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennen.*
- Z5) *Die Jugendlichen werden für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert.*
- Z6) *Die Jugendlichen entwickeln Verständnis für ein anderes politisches System.*
- Z7) *Die Schülerinnen und Schüler interessieren sich nach der Projektwoche für Politik [7a] und nehmen so rasch als möglich das Wahl- und Stimmrecht in Anspruch [7b].“¹⁶*

Das Projekt ist wie folgt aufgebaut: Innerhalb des Klassenzimmers erarbeiten die Lernenden mit einem neu konzipierten Lehrmittel die Grundkenntnisse über die Schweizer Politik. Als „Bürgerinnen und Bürger“ arbeiten sie eine Volksinitiative aus, für welche sie mindestens 100 Unterschriften sammeln. Die Spielleitung prüft die Initiativen auf formale Korrektheit und die Bundeskanzlei fasst dazu eine Botschaft. Weiter gründen die am Projekt teilnehmenden Klassen eine politische Partei mit einem fiktiven Namen, für welche sie ein Programm ausarbeiten und das Präsidium wählen. In Bern agieren die Klassen als Fraktionen des Nationalrats ihrer selbst gegründeten Partei. Als solche diskutieren sie die Initiativen der anderen Klassen sowie die bundesrätliche Botschaft.

In einer Projektwoche partizipieren in der Regel fünf bis sechs Klassen aus zwei verschiedenen Sprachregionen der Schweiz am Simulationsspiel. Nach einer Eröffnungssession, in welchem das Präsidium und Vizepräsidium des „Nationalrats“ des Planspiels gewählt werden, handeln die Schülerinnen und Schüler wie ihre Vorbilder als Nationalrätinnen und Nationalräte. In gemischten Kommissionen diskutieren sie die eingereichten Initiativen, arbeiten Gegenvorschläge und Stellungnahmen aus, welche sie in ihre „Fraktionen“ zurücktragen. Der Höhepunkt des Simulationsspiels ist die „Nationalratsdebatte“ im Nationalratssaal. Nach anstrengenden Diskussionen und Aushandlungsprozessen findet, nicht selten vor den Augen von ehemaligen oder aktiven Bundesratsmitgliedern und weiteren Politikerinnen und Politikern, die Schlussdebatte über die eingereichten Initiativen statt. Die Lernenden präsentieren ihre Initiativen, ihre Gegenvorschläge, ihre Pro- und Kontrapositionen. Auch die Vertreterin oder der Vertreter des Bundesrates (verschiedene alt Bundesrätinnen und Bundesräte haben sich bereits für diese „Rolle“ gewinnen lassen) nimmt Stellung zu den jeweiligen Initiativen und Gegenvorschlägen. Schliesslich stimmen die jungen „Politikerinnen und Politiker“ über die Empfehlung respektive Nichtempfehlung der Initiativen ab.

¹⁵ <http://www.schulen-nach-bern.ch/projekt.html> (22.8.2011).

¹⁶ <http://www.schulen-nach-bern.ch/projekt/ziele.html> (24.2.2012).

Neben diesen Tätigkeiten finden weitere Aktivitäten in Bern statt, so etwa der Besuch einer ausländischen Botschaft, bei dem die Lernenden andere politische Systeme kennenlernen können. Auch ein historischer Rundgang durch die Bundesstadt wird mit den Jugendlichen durchgeführt.

1.3 Die Projektwochen im Jahr 2012

Die fünf Projektwochen fanden einerseits im Februar und andererseits Ende Oktober/Anfang November statt. Jede teilnehmende Klasse wurde in der Projektwoche von zwei Lehrpersonen begleitet und von einer Studentin oder einem Studenten des Instituts Sekundarstufe I der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) betreut.

Es haben 27 Klassen verteilt auf die fünf Wochen am Projekt teilgenommen. Sechs Klassen kamen aus der italienischen, sieben aus der welschen und die restlichen 14 aus der deutschen Schweiz (vgl. Tabelle 1). Diese 27 Klassen umfassten insgesamt 530 Schülerinnen und Schüler.

Tabelle 1: Klassen, die am Projekt "Schulen nach Bern" teilgenommen haben, nach Sprache

Klassen nach Sprache					
Projektwoche	Datum	Deutsch	Französisch	Italienisch	Total
1	13.02.-17.02.	2	0	3	5
2	20.02.-24.02.	3	2	0	5
3	22.10.-26.10.	3	0	3	6
4	29.10.-02.11.	3	3	0	6
5	05.11.-09.11.	3	2	0	5
Total		14	7	6	27

2 Evaluation

Um zu überprüfen, ob dieses aufwendig gestaltete Projekt die eingangs formulierten Ziele zu erreichen vermag, wurde das Institut Sekundarstufe I der PHBern mit der Evaluation beauftragt. Bevor die Ergebnisse dargelegt werden, werden in diesem Abschnitt die Evaluationsfragen, die Durchführung der Untersuchung, die Untersuchungsgruppen sowie der Fragebogen vorgestellt. Im letzten Kapitel werden schliesslich die wichtigsten Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst dargestellt.

2.1 Evaluationsfragen und Ziele der Untersuchung

Auf der Grundlage der eingangs aufgeführten Projektziele (Z) wurden die folgenden Evaluationsfragen (E) entwickelt:

Projektziele „Schulen nach Bern“	Evaluationsfragen
Z7a) Die Schülerinnen und Schüler interessieren sich nach der Projektwoche für Politik.	E1) Interessieren sich die Teilnehmenden des Projekts stärker für Politik als Lernende der Kontrollklassen?
Z2) Das Projekt fördert die Entwicklung des politischen Selbstkonzepts.	E2) Zeigen sich Unterschiede im politischen Selbstkonzept der Lernenden zwischen Projektklassen und Kontrollklassen?
Z5) Die Jugendlichen werden für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert.	E3) Gibt es Unterschiede in der Einschätzung der Einflussmöglichkeiten auf die Politik zwischen Projekt- und Kontrollklassen?
Z4) Vor und während der Projektwoche lernen die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennen.	E4) ¹⁷ Verfügen die Teilnehmenden des Projekts über zentrales Grundwissen in Bezug auf die politischen Inhalte, Institutionen und Prozesse des demokratischen Systems der Schweiz?
Z3) Das Projekt fördert die Motivation, als Erwachsene politisch aktiv zu werden. Z7b) Die Schülerinnen und Schüler nehmen so rasch als möglich das Wahl- und Stimmrecht in Anspruch.	E5) Sind die Lernenden der Projektklassen eher zur aktiven Partizipation an der Politik bereit als die Lernenden der Kontrollklassen?
Z6) Die Jugendlichen entwickeln Verständnis für ein anderes politisches System.	E6) Unterscheiden sich Projekt- und Kontrollklassen bezüglich der Einschätzung anderer politischer Systeme?
Z1) ¹⁸ Das Projekt ist in der Schweiz einzigartig und nimmt eine Pionierrolle in der Entwicklung von Lehrmaterialien und Planspielen für den Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe I ein.	

¹⁷ Für Evaluation der Projektwochen 2012 wird nicht zwischen „vor und während der Projektwoche“ unterschieden.

¹⁸ Die Evaluation von Projektziel 1 ist nicht vorgesehen, da diese den Rahmen der Untersuchung sprengen würde.

Wie den Evaluationsfragen zu entnehmen ist, liegt der Fokus der Evaluation 2012 auf Vergleichen zwischen Projekt- und Kontrollklassen bezüglich des Wissens über politische Prozesse und Institutionen sowie bezüglich der Einstellung der Schülerinnen und Schüler zur Politik.

2.2 Durchführung und Untersuchungsgruppen

Die verantwortlichen Lehrpersonen wurden aufgefordert, eine Klassenliste auszufüllen. Pro Schülerin und Schüler war eine Identifikationsnummer aufgeführt. Die Namen der Schülerinnen und Schüler wurden dem Institut Sekundarstufe I nicht mitgeteilt, wodurch die Anonymität der Befragung gewährleistet wurde. Die zugeteilte Identifikationsnummer war die Zugangsnummer für die Online-Befragung. Die Befragung fand jeweils in der ersten Woche nach der Projektwoche statt und dauerte eine Lektion.

Die Lehrpersonen wurden zusätzlich gebeten, eine Klasse als Kontrollklasse anzumelden, die der am Projekt teilnehmenden Klasse möglichst ähnlich war (z. B. in Bezug auf das Alter der Lernenden und das Niveau der Klasse). Diese Kontrollklassen füllten den gleichen Fragebogen aus wie die Projektklassen, allerdings wurden die Fragen zu der Projektwoche ersatzlos gestrichen.

Von den 27 für die Projektwoche angemeldeten Klassen haben 22 an der Evaluation der Projektwoche teilgenommen (vgl. Tabelle 2). 417 der 530 an einer der fünf Projektwochen im Jahr 2012 beteiligten Schülerinnen und Schüler haben den Fragebogen ausgefüllt, womit der Rücklauf bei 78.7 % liegt.

Tabelle 2: Projektklassen nach Sprache

Projektwoche	Datum	Klassen nach Sprache			Total
		Deutsch	Französisch	Italienisch	
1	13.02.-17.02.	2	0	2	4
2	20.02.-24.02.	0	2	0	2
3	22.10.-26.10.	3	0	3	6
4	29.10.-02.11.	3	3	0	6
5	05.11.-09.11.	2	2	0	4
Total		10	7	5	22

An der Untersuchung haben sich 17 Kontrollklassen mit insgesamt 300 Schülerinnen und Schülern beteiligt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Kontrollklassen nach Sprache

Projektwoche	Datum	Klassen nach Sprache			Total
		Deutsch	Französisch	Italienisch	
1	13.02.-17.02.	2	0	1	3
2	20.02.-24.02.	1	1	0	2
3	22.10.-26.10.	3	0	2	5
4	29.10.-02.11.	2	2	0	4
5	05.11.-09.11.	2	1	0	3
Total		10	4	3	17

Insgesamt wurden 397 Mädchen und 320 Knaben befragt. Zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen gibt es keine signifikanten¹⁹ Geschlechtsunterschiede. Die beiden Untersuchungsgruppen unterscheiden sich jedoch bezüglich Sprache. In den Kontrollklassen sind die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler deutlich überrepräsentiert und die französischsprachigen Schülerinnen und Schüler sind deutlich unterrepräsentiert: Bei den deutschsprachigen Schülerinnen und Schülern ist die Anzahl Personen in den Kontroll- und Projektklassen fast ausgeglichen während es bei den französischsprachigen in den Projektklassen doppelt so viele Schülerinnen und Schüler hat wie in den Kontrollklassen (vgl. Tabelle 4).

Alle drei Sprachgruppen unterscheiden sich zudem bezüglich Alter voneinander. Die 363 deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler sind im Durchschnitt 15.0 Jahre alt, die 209 französischsprachigen sind durchschnittlich 14.8 Jahre alt und die 145 italienischsprachigen sind durchschnittlich 13.6 Jahre alt, also mehr als ein Jahr jünger als die beiden anderen Sprachgruppen. Zwischen Projekt- und Kontrollklassen gibt es innerhalb der Sprachgruppen in Bezug auf das Alter keine signifikanten Unterschiede (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Untersuchungsgruppen nach Alter

Sprache	Gruppe	Alter	N	SD
Deutsch	Projektgruppe	15.1	188	.80
	Kontrollgruppe	14.9	175	.83
Französisch	Projektgruppe	14.8	139	.80
	Kontrollgruppe	14.9	70	.87
Italienisch	Projektgruppe	13.7	90	.62
	Kontrollgruppe	13.6	55	.66
Total	Projektgruppe	14.7	417	.94
	Kontrollgruppe	14.7	300	.97

Auf Vergleiche zwischen den Sprachgruppen im Jahr 2012 wird verzichtet. Altersunterschiede werden indes berücksichtigt. Die Teilnehmenden wurden in drei Altersgruppen eingeteilt: Der jüngsten Gruppe gehören die Schülerinnen und Schüler an, die jünger sind als 15 Jahre, die mittlere Gruppe umfasst die 15-Jährigen und der dritten Gruppe gehören diejenigen Schülerinnen und Schüler an, die älter sind als 15 Jahre (vgl. Tabelle 5).²⁰ Wenn signifikante Unterschiede zwischen den Untersuchungsgruppen (zum Teil) auf Altersunterschiede zurückzuführen sind, werden diese berichtet.

Tabelle 5: Altersgruppen nach Untersuchungsgruppen

Altersgruppe	Projektgruppe	Kontrollgruppe	Total
jünger als 15 Jahre	169	124	293
15 Jahre alt	179	125	304
älter als 15 Jahre	69	51	120
Total	417	300	717

¹⁹ Es werden nur statistisch signifikante Unterschiede berichtet (Chi-Quadrat-Test).

²⁰ Da der Bericht zu den Projektwochen 2012 auf dem Bericht zu den Projektwochen 2011 basiert, wurde bei der Einteilung der Altersgruppen dieselbe Gruppierung verwendet wie im Bericht zu den Projektwochen 2011, in dem auf möglichst ähnlich grosse Altersgruppen geachtet wurde (vgl. Ritzer, Stadelmann, Hattersley, Maurer, 2012, S. 11).

2.3 Fragebogen

Für die Evaluation der Projektwochen 2012 wurde auf Wunsch des Vereins derselbe Fragebogen verwendet wie bei der Evaluation der Projektwochen 2011. Der für das Projekt entwickelte Fragebogen stützt sich einerseits auf das verwendete Lehrmittel und die Inhalte des Projekts und andererseits auf bereits bestehende Fragebogen zur politischen Partizipation und zur Politischen Bildung.²¹

Da derselbe Fragebogen verwendet wurde wie zur Evaluation der Projektwochen 2011, wurden zur Evaluationsfrage 6 („Unterscheiden sich Projekt- und Kontrollklassen bezüglich der Einschätzung anderer politischer Systeme?“) erneut erst wenige Fragen gestellt, weswegen – wie bereits im Bericht zu den Projektwochen 2011²² – auch hier auf eine Darstellung dieser Evaluationsfrage verzichtet wird.

Um die Projektziele zu überprüfen, beinhaltet der Fragebogen verschiedene Gruppen von Fragen:

- 1) Zuerst werden allgemeine und administrative Fragen zum Projekt und zum Simulationsspiel gestellt.
- 2) Weiter werden demografische Daten (Geschlecht, Alter, Sprache) erhoben.
- 3) In einem ersten Teil der inhaltlichen Erhebung zur Politischen Bildung geht es darum, das Interesse an der Politik zu erfassen und zu eruieren, wie, wo und wie häufig sich die Lernenden über Politik informieren.
- 4) In einem weiteren Frageblock wird erfragt, ob die Lernenden bereit sind, sich an den politischen Prozessen aktiv zu beteiligen und wie sie ihre Einflussmöglichkeiten als Bürgerinnen und Bürger einschätzen.
- 5) Der Fragebogen umfasst weiter Fragen zur Erhebung des politischen Selbstkonzepts.
- 6) Ein weiterer Fragekomplex erfasst das Wissen über die politischen Institutionen und die demokratischen Prozesse.
- 7) Ein letzter kurzer Teil des Fragebogens erhebt das historische Bewusstsein in Bezug auf die Schweizer Geschichte. Diese Fragen werden an dieser Stelle nicht ausgewertet.

Für die Erhebungen wurden sechs Fragebogenversionen verwendet: je eine deutsch-, eine französisch- und eine italienischsprachige Version für die Projekt- und die Kontrollklassen.

3 Ergebnisse

3.1 Ergebnisse zum Projekt „Schulen nach Bern“ allgemein

Die Schülerinnen und Schüler sind mit dem Projekt sehr zufrieden. Rund 96 % würden das Projekt „Schulen nach Bern“ weiter empfehlen. Für rund 95 % der Befragten stimmt es genau oder eher, dass ihnen die Projektwoche sehr gut gefallen hat und dass sie in der Woche sehr viel gelernt haben. Die Studentin oder der Student des Instituts Sekun-

²¹ Fritz Oser, Horst Biedermann (Hrsg.) (2003). *Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern*. Zürich: Rüegger; Christine Bieri Buschor, Esther Forrer (2005). *Cool, kompetent und kein bisschen weise. Überfachliche Kompetenzen junger Erwachsener am Übergang zwischen Schule und Beruf*. Zürich: Rüegger; Luca Bertossa, Karl W. Haltiner, Ruth Meyer Schweizer (2008). *Werte und Lebenschancen im Wandel. Eine Trendstudie zu den Lebens-, Bildungs-, Arbeits- und Politikorientierungen junger Erwachsener in der Schweiz*. Zürich/ Chur: Rüegger.

²² Ritzer, Stadelmann, Hattersley, Maurer, 2012, S. 12.

darstufe I der PHBern, welche oder welcher der Klasse zugeteilt wurde, war laut Angaben der Lernenden eine grosse Hilfe (vgl. Abbildung 1).

Die Teilnehmenden haben die Inhalte der Projektwoche gut begriffen. Sie mussten nach eigener Aussage nicht zu viel Material verarbeiten und für die Lektüre insgesamt wurde genügend Zeit eingeplant (vgl. Abbildung 1).

Für rund ein Drittel (N=138) der Befragten trifft die Aussage, dass sie für die Fraktions-sitzungen zu viel haben lesen müssen, genau (5.8 %) oder eher (29 %) zu, während rund zwei Drittel (N=258) der Schülerinnen und Schüler der Aussage gar nicht (28.5 %) oder eher nicht (36.6 %) zustimmen.

Insgesamt scheinen somit die Anforderungen, die in der Projektwoche an die Lernenden gestellt wurden, gut auf die Schülerinnen und Schüler abgestimmt.

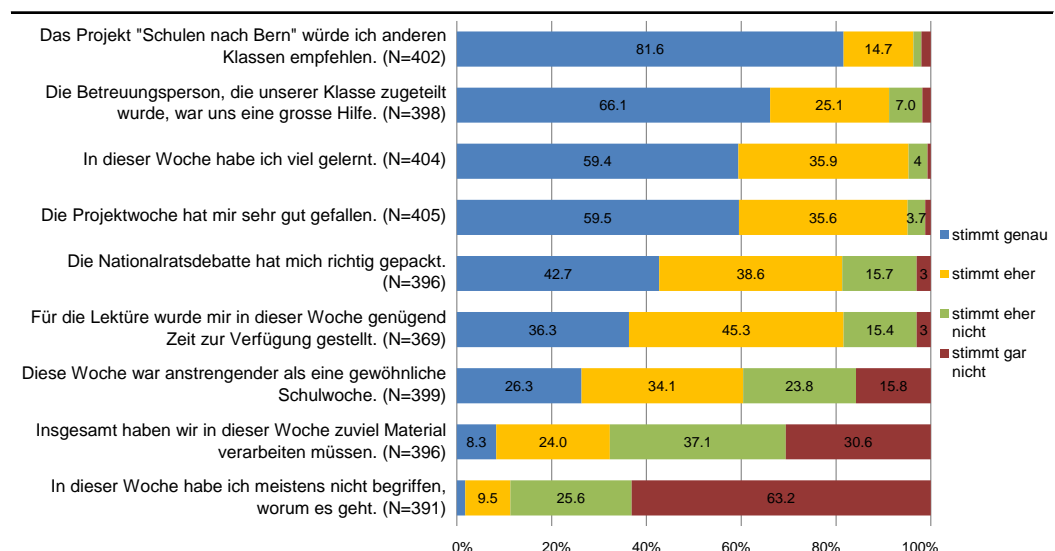


Abbildung 1: Zufriedenheit mit dem Projekt nach Zustimmung

Die Nationalratsdebatte hat rund 81 % der Teilnehmenden richtig gepackt (vgl. Abbildung 1). 346 Schülerinnen und Schüler (83 %) geben an, in der Nationalratsdebatte das Wort ergriffen zu haben, während 71 Befragte (17 %) ihre Meinung in der Debatte nicht mitgeteilt haben.

An den Projektwochen „Schulen nach Bern“ nehmen immer Klassen aus mindestens zwei verschiedenen Sprachregionen der Schweiz teil. 67.9 % der Schülerinnen und Schüler geben an, dass sie mindestens mit einer Schülerin oder einem Schüler aus einer anderen Klasse weiter in Kontakt bleiben werden. 58.8 % der Teilnehmenden haben während der Woche Kontakte mit Schülerinnen und Schülern anderer Sprachregionen gepflegt und 41.4 % geben an, dass sie mit einer Schülerin oder einem Schüler aus einer Klasse der anderen Sprachregionen in Kontakt bleiben werden. Obwohl über 54.9 % der Teilnehmenden der Ansicht sind, es gäbe grosse Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern der verschiedenen Sprachregionen, möchten mehr als 74.4 % nicht, dass nur eine Sprachregion an einer Projektwoche teilnehmen könnte. Für 41.7 % der Befragten stimmt es genau oder eher, dass sie ihre Fremdsprachenkenntnisse während der Projektwoche erweitern konnten (vgl. Abbildung 2).

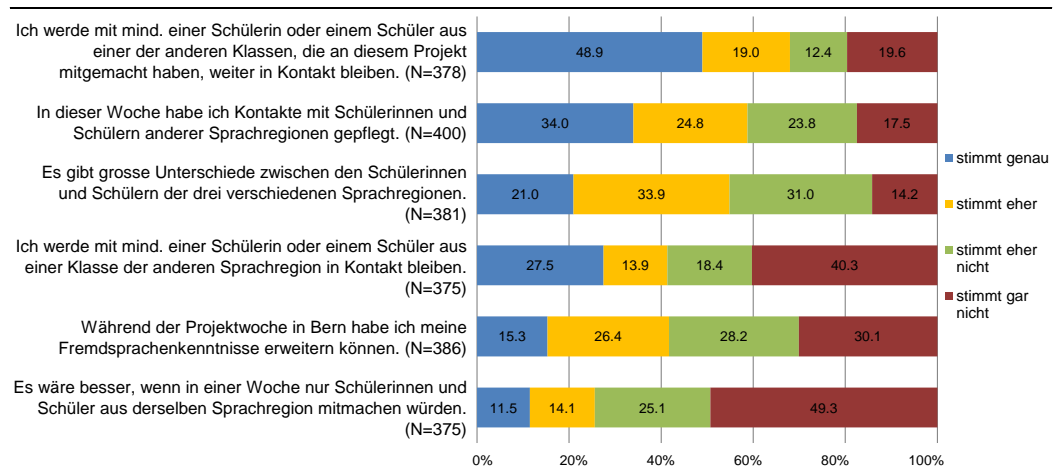


Abbildung 2: Aussagen zur Mehrsprachigkeit des Projekts nach Zustimmung

3.2 Ausgewählte Ergebnisse zu den Evaluationsfragen

Nachfolgend werden Ergebnisse zu den Evaluationsfragen 1 bis 5 vorgestellt. In den Evaluationsfragen ist die Frage nach Unterschieden zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen zentral. Hierbei zeigen sich z. T. auch Unterschiede zwischen den drei Altersgruppen der unter 15-Jährigen, der 15-Jährigen und der über 15-Jährigen. Diese Gruppenunterschiede werden – wenn nicht anders vermerkt – nur dann berichtet, wenn sie statistisch signifikant sind.²³ Durch die Rundung der Ergebnisse ergibt die Summe der berichteten Prozentwerte nicht immer genau 100 %.

Für die Auswertung der Ergebnisse zu den Evaluationsfragen werden bei den Aussagen und den graphischen Darstellungen mit den vorgegebenen Antwortkategorien „stimme voll zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“ und „stimme gar nicht zu“ die ersten beiden zur Antwortkategorie „stimme eher/voll zu“ und die letzten beiden zur Antwortkategorie „stimme eher nicht/gar nicht zu“ zusammengefasst.

3.2.1 E1: Interesse an Politik

Das Interesse an Politik wurde anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Ich interessiere mich für Politik“ und „Ich informiere mich täglich über Politik“ als auch anhand der Zeit, die täglich für die Information über Politik aufgewendet wird²⁴, erhoben. Insgesamt 44.4 % der Befragten geben an, sich für Politik zu interessieren. Bezüglich dieses Interesses an Politik gibt es Unterschiede²⁵ zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen. Die Schülerinnen und Schüler der Projektklassen stimmen der Aussage „Ich interessiere mich für Politik“ wesentlich häufiger eher oder voll zu (57 %) als dies die Schülerinnen und Schüler der Kontrollklassen (27.1 %) tun (vgl. Abbildung 3).

²³ Hier wird der Chi-Quadrat-Test verwendet, um zu prüfen, ob zwei Variablen abhängig oder unabhängig voneinander sind (vgl. z. B. Jürgen Bortz, Nicola Döring (2009). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer; Andy Field (2009). *Discovering Statistics Using SPSS*. London: Sage).

²⁴ Die Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben: „mehr als eine 1h“, „30min bis 1h“, „15 bis 30min“, „5 bis 15min“ und „weniger als 5 min“.

²⁵ Es werden nur statistisch signifikante Unterschiede berichtet (Chi-Quadrat-Test).

Ich interessiere mich für Politik.

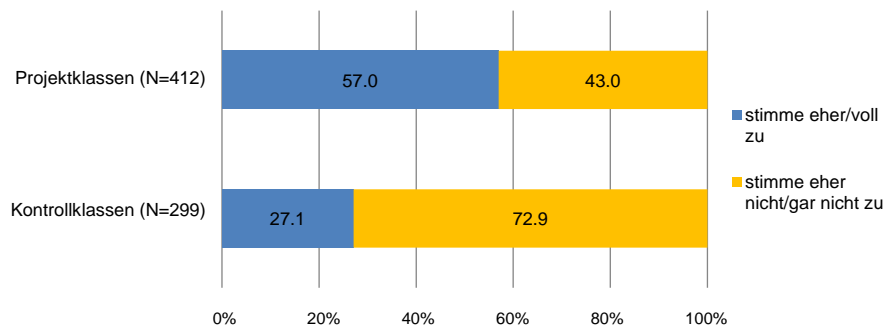


Abbildung 3: Einschätzung des Interesses an Politik

Der Aussage „Ich informiere mich täglich über Politik“ stimmen insgesamt 25.5 % voll oder ganz zu, während 74.5 % angeben, sich (eher) nicht täglich über Politik zu informieren. Hierbei unterscheiden sich die Teilnehmenden der Projekt- und Kontrollklassen, was auf die Altersgruppe der 15-Jährigen zurückzuführen ist. Auch wenn sowohl in den Projekt- als auch in den Kontrollklassen eine klare Mehrheit angibt, sich (eher) nicht täglich über Politik zu informieren, informieren sich die Schülerinnen und Schüler der Projektklassen ihrer Einschätzung zufolge wesentlich häufiger als es Schülerinnen und Schüler der Kontrollklassen tun (vgl. Abbildung 4).

Ich informiere mich täglich über Politik.

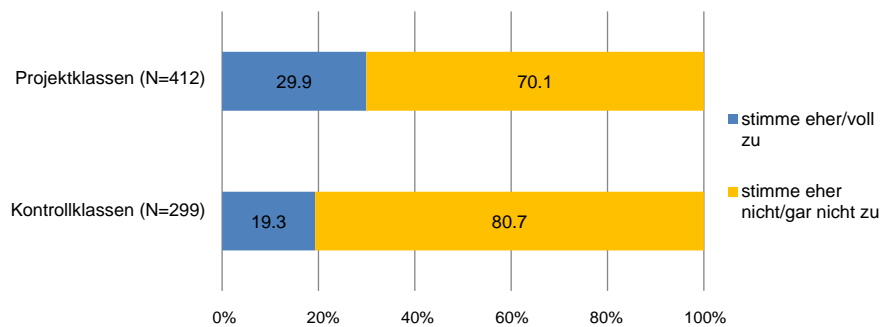


Abbildung 4: Einschätzung der täglichen Information über Politik

In Bezug auf die Zeit, welche die Befragten täglich für die Information über Politik aufwenden, unterscheiden sich die Projekt- und Kontrollklassen in ihren Angaben nicht. Pro Tag wenden insgesamt 80.6 % der Lernenden weniger als 15 Minuten auf, um sich über Politik zu informieren (vgl. Abbildung 5).

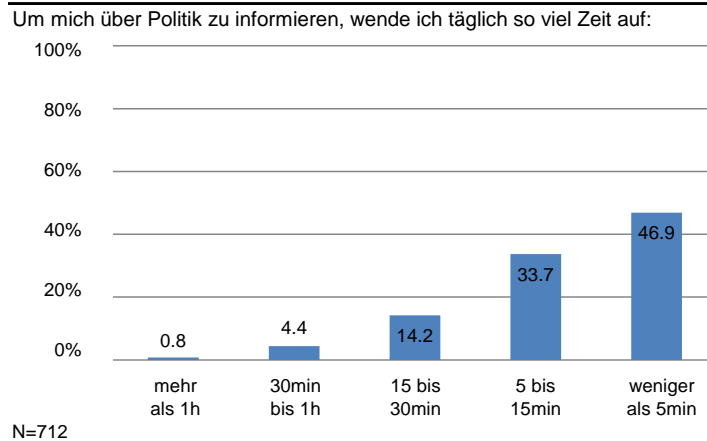


Abbildung 5: Einschätzung der Zeit, die täglich aufgewendet wird, um sich über Politik zu informieren

3.2.2 E2: Politisches Selbstkonzept

Um etwas über das politische Selbstkonzept der Lernenden in Erfahrung zu bringen, wurde die Zustimmung zu vier Aussagen erfragt (vgl. Abbildung 6).

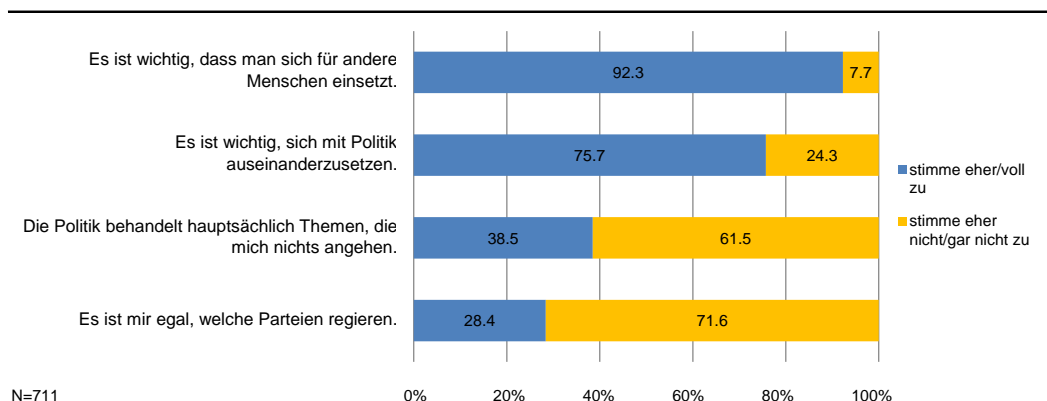


Abbildung 6: Einschätzung der Aussagen zum politischen Selbstkonzept

Insgesamt ist eine sehr grosse Mehrheit der Lernenden (92.3 %) der Ansicht, dass es wichtig ist, sich für andere Menschen einzusetzen und 75.7 % stimmen eher oder voll zu, dass es wichtig ist, sich mit Politik auseinanderzusetzen. 38.5 % der Teilnehmenden sind der Meinung, dass die von der Politik hauptsächlich behandelten Themen sie nichts angehen und 28.4 % der Jugendlichen stimmen eher oder voll zu, dass es ihnen egal ist, welche Parteien regieren.

In Bezug auf die Aussage zur Wichtigkeit, sich mit Politik auseinanderzusetzen, zeigen sich zwischen den Projekt- und Kontrollklassen Unterschiede. Die Schülerinnen und Schüler der Projektklassen (N=412) stimmen der Aussage häufiger eher oder voll zu (82.3 %) als es Schülerinnen und Schüler der Kontrollklassen (N=299, 66.6 % stimmen eher oder voll zu) tun.

3.2.3 E3: Einschätzung der eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Politik

Die Einschätzung der eigenen Einflussmöglichkeiten wurde anhand der Zustimmung zu den Aussagen „Politiker können Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ und „Ich kann als Einzelperson Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ erfasst.

Insgesamt sind 89.3 % der Teilnehmenden der Ansicht, dass Politikerinnen und Politiker einen Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen können. Hierbei gibt es Unterschiede zwischen den Lernenden der Projekt- und der Kontrollklassen. Innerhalb der Projektklassen sind es 92.5 % und innerhalb der Kontrollklassen 84.9 %, die der Aussage zustimmen (vgl. Abbildung 7). Die Lernenden der Projektklassen sind somit häufiger der Ansicht, dass Politikerinnen und Politiker einen Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen können, was auf Unterschieden in den Altersgruppen der 15-Jährigen und der unter 15-Jährigen beruht.

Der Aussage „Ich kann als Einzelperson Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ stimmen insgesamt 42.9 % der Lernenden zu, womit die Mehrheit (57.1 %) davon ausgeht, als Einzelperson eher oder gar nicht Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen zu können. Die Projekt- und Kontrollklassen unterscheiden sich auch hier: Schülerinnen und Schüler der Projektklassen sind häufiger der Ansicht, dass sie als Einzelperson Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen können (48.8 %), als es die Lernenden der Kontrollklassen sind (34.8 %) (vgl. Abbildung 7). Dieser Unterschied ist ebenfalls auf die Altersgruppen der 15- und der unter 15-Jährigen zurückzuführen.

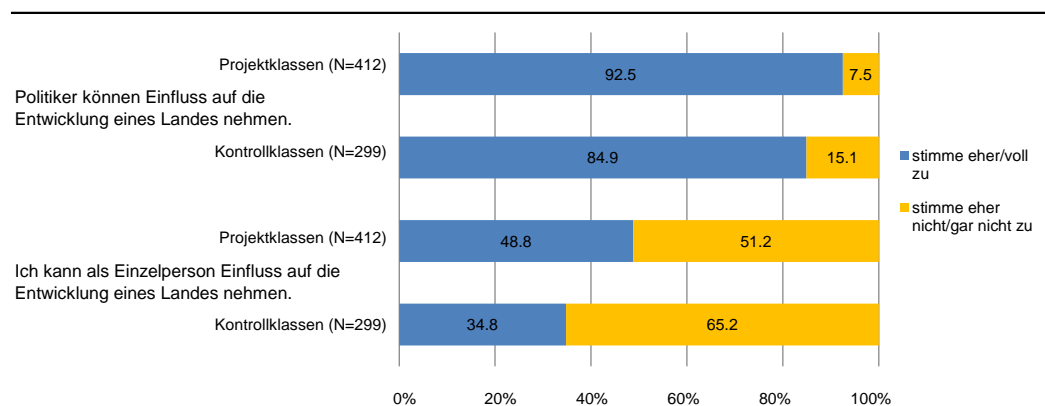


Abbildung 7: Einschätzung des Einflusses auf die Entwicklung eines Landes nach Projekt- und Kontrollklassen

3.2.4 E4: Grundwissen über politische Inhalte, Institutionen und Prozesse

Um feststellen zu können, ob die Teilnehmenden am Projekt „Schulen nach Bern“ über ein zentrales Grundwissen in Bezug auf die politischen Inhalte, Institutionen und Prozesse des demokratischen Systems der Schweiz verfügen, wurden verschiedene Wissensfragen gestellt.

Die offen gestellte Frage „Wie viele Unterschriften braucht es für eine Volksinitiative auf Bundesebene?“ können insgesamt 60 % aller Teilnehmenden an der Studie richtig beantworten. Innerhalb der Projektklassen wussten 84.7 % und innerhalb der Kontrollklassen 26.3 % der Schülerinnen und Schüler, wie viele Unterschriften auf Bundesebene für eine Volksinitiative erforderlich sind. Dass die Aussage „Jede/r hat das Recht, bei Volks-

initiativen zu unterschreiben“²⁶ nicht zutrifft und somit die richtige Antwort geben insgesamt 68.2 % der Teilnehmenden. Innerhalb der Projektklassen sind es 79.8 % und innerhalb der Kontrollklassen 52.5 % der Lernenden, die die Frage richtig beantworten (vgl. Abbildung 8).

Bei diesen beiden Fragen zur Volksinitiative unterscheiden sich die Projekt- und Kontrollklassen: Schülerinnen und Schüler der Projektklassen beantworten die Fragen deutlich häufiger richtig als dies Lernende der Kontrollklassen tun (vgl. Abbildung 8).

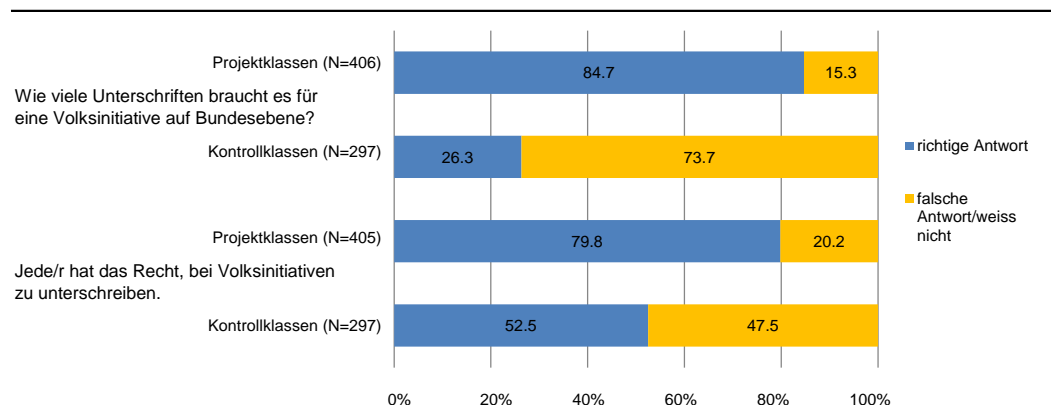


Abbildung 8: Grundwissen bezüglich Volksinitiativen nach Projekt- und Kontrollklassen

Wann eine Initiative auf Bundesebene vom Volk angenommen ist²⁷, können insgesamt 23.9 % der Schülerinnen und Schüler (N=702) korrekt beantworten, d. h. 76.1 % haben die Frage falsch beantwortet oder wussten die Antwort nicht.

Die Frage, wer in der Schweiz den Bundesrat wählt²⁸, haben insgesamt 38 % der Schülerinnen und Schüler korrekt beantwortet. Hierbei unterscheiden sich die Projekt- und Kontrollklassen insofern, als dass die Teilnehmenden in den Projektklassen häufiger die richtige Antwort angeben (43.7 %) als es Lernende der Kontrollklassen tun (30.3 %) (vgl. Abbildung 9). Der Unterschied ist auf die Altersgruppe der unter 15-Jährigen zurückzuführen.

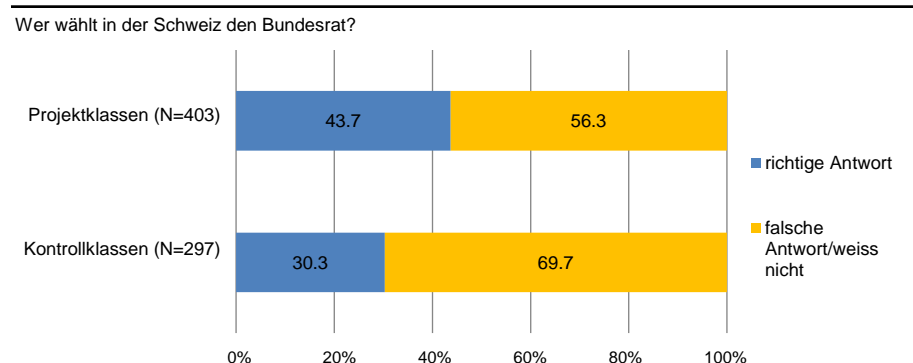


Abbildung 9: Frage zur Wahl des Bundesrats nach Projekt- und Kontrollklassen

²⁶ Vorgegebene Antwortmöglichkeiten: „richtig“, „falsch“, „weiss nicht“.

²⁷ Vorgegebene Antwortmöglichkeiten: „Wenn die Mehrheit der stimmenden Bevölkerung zustimmt“, „Wenn die Mehrheit der Kantone zustimmt“, „Wenn die Mehrheit der Kantone und der stimmenden Bevölkerung zustimmt“, „Wenn die Mehrheit der Bevölkerung zustimmt“, „weiss nicht“.

²⁸ Vorgegebene Antwortmöglichkeiten: „das Volk“, „der Ständerat“, „der Nationalrat“, „die Vereinigte Bundesversammlung“, „weiss nicht“.

3.2.5 E5: Bereitschaft zur aktiven Partizipation

Um die Bereitschaft zur aktiven Partizipation an der Politik zu erfassen, wurden die Schülerinnen und Schüler gefragt, ob sie die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechts auf 16 Jahre befürworten, ob sie – aus ihrer heutigen Perspektive – mit 18 Jahren abstimmen und wählen gehen werden und für welche Anliegen sie Unterschriften sammeln würden.

Insgesamt 32.2 % der Teilnehmenden befürworten die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre, 43.7 % lehnen „Stimmrechtsalter 16“ ab und 24.1 % beziehen dazu keine Position (vgl. Abbildung 10). Bei der Beantwortung dieser Frage zeigen sich zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen keine Unterschiede.

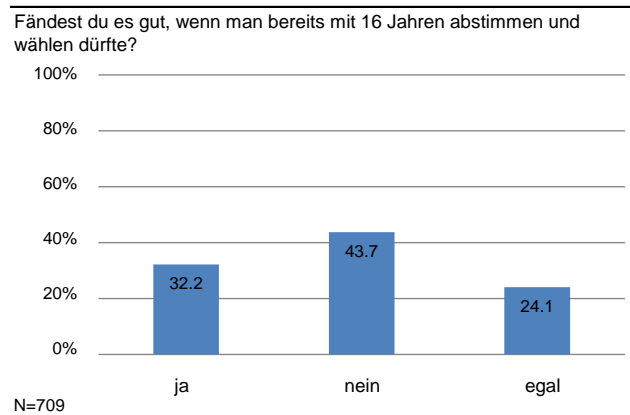


Abbildung 10: Einstellung zur Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre

Die zweite Frage zur aktiven Partizipation betrifft die Einschätzung der eigenen Bereitschaft, nach Erreichen der Mündigkeit die politischen Rechte zu nutzen.

Insgesamt 82.8 % der Schülerinnen und Schüler geben an, dass sie (sicher oder eher) abstimmen und wählen gehen werden, wenn sie 18 sind. Bei den verbleibenden 17.2 % wird das nach eigener Aussage eher oder sicher nicht der Fall sein. Innerhalb der Projektklassen werden nach eigener Aussage 85.4 % und innerhalb der Kontrollklassen 79.1 % der Teilnehmenden mit 18 von ihrem Stimm- und Wahlrecht Gebrauch machen (vgl. Abbildung 11). Die Projekt- und die Kontrollklassen unterscheiden sich insofern, als dass Lernende der Projektklassen eher angeben, dass sie mit 18 abstimmen und wählen gehen werden, was auf die Altersgruppen der 15-Jährigen und der über 15-Jährigen zurückzuführen ist.

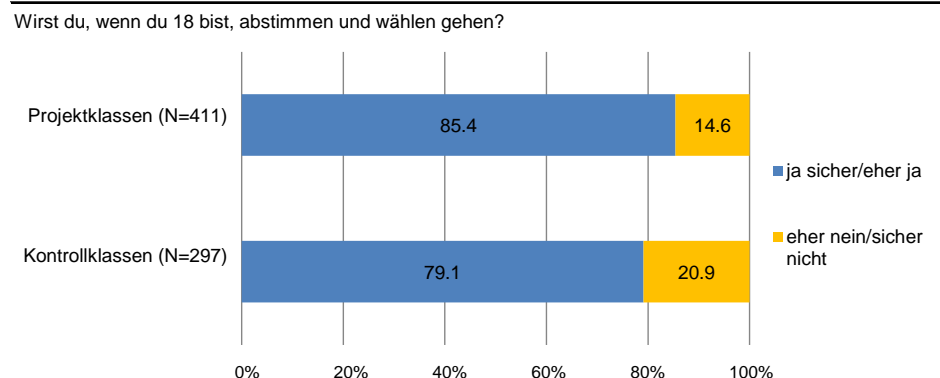


Abbildung 11: Einschätzung der eigenen Bereitschaft mit 18 abzustimmen und zu wählen nach Projekt- und Kontrollklassen

Die Schülerinnen und Schüler wurden auch gefragt, für welche Anliegen sie Unterschriften sammeln würden. Dabei waren verschiedene Antwortmöglichkeiten vorgegeben, von denen mehrere gewählt werden konnten (vgl. Abbildung 12).

Für diese(s) Anliegen würde ich Unterschriften sammeln (mehrere Antworten möglich):

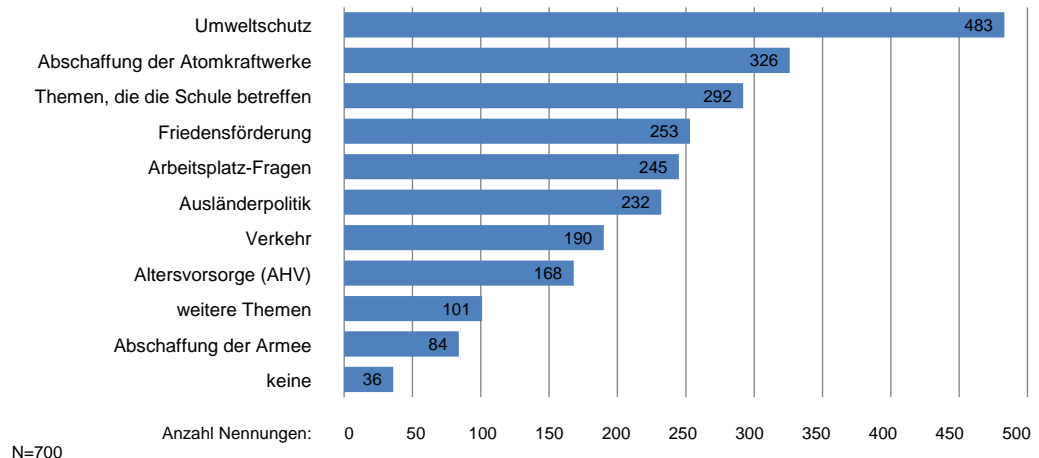


Abbildung 12: Anliegen, für die Unterschriften gesammelt werden würden

Die zwei am häufigsten gewählten Anliegen betreffen Umweltfragen: 483 Mal wird angegeben, dass Unterschriften für das Anliegen Umweltschutz und 326 Mal für die Abschaffung der Atomkraftwerke gesammelt werden würden. Auch für Themen, die die Schule betreffen, würden 292 Teilnehmende Unterschriften sammeln. Für Friedensförderung (253), Arbeitsplatz-Fragen (245) sowie Ausländerpolitik (232) würden sich immer noch viele der Befragten an einer Unterschriftensammlung beteiligen, während sich für Verkehrsfragen (190) sowie für die Altersvorsorge (168) nicht ganz so viele engagieren würden. Für die Abschaffung der Armee würden lediglich 84 der befragten Jugendlichen Unterschriften sammeln.

Nur wenige Jugendliche (36) sagen aus, dass sie für keines der Themen mittels Unterschriftensammlung politisch aktiv werden würden. Die meisten Befragten geben an, dass sie sich für bestimmte Anliegen einsetzen würden. Unter „weiteren Themen“, für die die Lernenden Unterschriften sammeln würden, wurde am häufigsten Tierschutz aufgeführt.

Unterschiede zwischen den Projekt- und den Kontrollklassen bestehen bei drei Themen: Die Anliegen „Verkehr“, „Abschaffung der Atomkraftwerke“ und „Arbeitsplatzfragen“ werden von Lernenden der Projektklassen häufiger genannt als von Lernenden der Kontrollklassen. Bei Verkehr sind diese Unterschiede auf die Altersgruppe der unter 15-Jährigen und bei Arbeitsplatzfragen auf die Altersgruppen der 15- und der über 15-Jährigen zurückzuführen.

4 Zusammenfassung und Fazit

Die vorliegenden Ergebnisse leiten sich aus der Befragung zur Evaluation der Projektwochen im Jahr 2012 ab. In Bezug auf die allgemeine Einschätzung des Projekts „Schulen nach Bern“ ist eine positive Einschätzung des Lernerfolgs der Lernenden sowie eine grosse Zufriedenheit mit der Anlage des Projekts festzustellen. Auch die sprachliche Durchmischung wird trotz wahrgenommener Unterschiede als Gewinn betrachtet. Neben der Begeisterung für das Projekt, welche für das politische Lernen förderlich ist, zeigen sich auch in Bezug auf die Erreichung der Projektziele positive Ergebnisse.

Schülerinnen und Schüler, die am Projekt „Schulen nach Bern“ teilgenommen haben, geben häufiger an, sich für Politik zu interessieren, als die Schülerinnen und Schüler der Kontrollklassen tun. Teilnehmende in den Projektklassen geben auch häufiger an, sich täglich über Politik zu informieren. Dieses Ergebnis ist insofern erstaunlich, als dass die Befragung jeweils in der ersten Woche nach der Projektwoche stattgefunden hat und sich die Antworten der Jugendlichen auf diese Frage somit hauptsächlich auf die Zeit vor der Projektwoche beziehen. Das Ergebnis könnte daher als Hinweis darauf interpretiert werden, dass bereits die Vorbereitungen auf die Projektwoche von Bedeutung sind und einen Einfluss haben. In Bezug auf die angegebene Zeit, welche die Jugendlichen täglich für die Information über Politik aufwenden, unterscheiden sich die Projekt- und Kontrollklassen nicht. Bei rund 80 % aller Befragten beträgt die aufgewendete Zeit weniger als 15 Minuten pro Tag.

Die Wichtigkeit, sich mit Politik auseinanderzusetzen, wird von Lernenden, die am Projekt „Schulen nach Bern“ teilgenommen haben, höher eingeschätzt als von Schülerinnen und Schüler der Kontrollklassen.

Insgesamt 89.3 % der Befragten stimmen der Aussage „Politiker können Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen“ eher oder voll zu, Projektteilnehmende stimmen häufiger zu (92.5 %) als Lernende der Kontrollklassen (84.9 %). Insgesamt 42.9 % der Jugendlichen gehen auch davon aus, als Einzelperson Einfluss auf die Entwicklung eines Landes nehmen zu können. In den Projektklassen ist diese Annahme mit fast der Hälfte der Lernenden (48.8 %) stärker ausgeprägt als dies bei Lernenden der Kontrollklassen der Fall ist (34.8 %). Lernende, die am Projekt teilgenommen haben, sind somit eher für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert.

Ein weiteres Ziel des Projekts ist es, dass die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz kennenlernen. Dieses Wissen beinhaltet zentrale Kenntnisse in Bezug auf die politischen Inhalte, Institutionen und Prozesse der halbdirekten Demokratie. Es zeigt sich, dass die Schülerinnen und Schüler der Projektklassen ausgewählte Wissensfragen (Volksinitiative, Bundesrat) besser beantworten können als die Lernenden in den Kontrollklassen.

Bezüglich der Evaluationsfrage zur Bereitschaft zur aktiven Partizipation lässt sich festhalten, dass sich in Bezug auf die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre zwischen den Projekt- und Kontrollklassen keine Unterschiede zeigen (rund ein Drittel aller Befragten ist dafür). Die Bereitschaft, mit 18 abstimmen und wählen zu gehen, ist dagegen insgesamt mit 82.8 % der Befragten, die eher oder sicher angeben, beim Erreichen der Volljährigkeit abstimmen und wählen gehen zu wollen, sehr hoch. Hier zeigt sich auch ein Unterschied zwischen den Projekt- und Kontrollklassen: Teilnehmende der Projektklassen sind sich mit 85.4 % dessen sicherer als Lernende der Kontrollklassen (79.1 %).

Die Jugendlichen zeigen zudem eine hohe Bereitschaft, sich mittels Unterschriften-sammlung für verschiedene Themen zu engagieren, am häufigsten für Umwelt- oder Schulfragen.

Insgesamt zeigt die Evaluation der Projektwochen 2012 positive Ergebnisse für das Projekt „Schulen nach Bern“, das den teilnehmenden Jugendlichen einen erfahrbaren Einblick in die Schweizer Politik ermöglicht.